



LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN

4000 Düsseldorf, den 10.7.86
Haus des Landtags, Postfach 11 43
Tel. (02 11) 88 41 Durchw. 8 84-336

Reinhold Trinius
MdL
Vorsitzender der Kommission
des Haushalts- und Finanzausschusses

An die
Mitglieder des
Haushalts- und Finanzausschusses

im Hause

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE

VORLAGE

10/499 - 1

Betr.: Einrichtung zusätzlicher Stellen für Beamte auf
Widerruf im Vorbereitungsdienst und für Angestellte
und Arbeiter gem. § 7 Abs. 7 Buchst.a des Haushalts-
gesetzes 1986

hier: Abbau von Überstunden in der Landesverwaltung
durch Beschäftigung zusätzlicher Arbeitskräfte
- Vorlage 10/484 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Kommission des Haushalts- und Finanzausschusses hat die Vor-
lage 10/484, die sich mit dem Abbau von Überstunden in der Lan-
desverwaltung durch die Beschäftigung zusätzlicher Arbeitskräfte
befaßt, in ihrer Sitzung am 9.7.1986 beraten und ist dabei
einvernehmlich zu dem Ergebnis gekommen, dem Haushalts- und
Finanzausschuß zu empfehlen,

gem. § 7 Abs. 7 Buchst.a Haushaltsgesetz 1986 in die Ein-
richtung folgender, zusätzlicher Stellen einzuwilligen:

- 148 Stellen für Angestellte der Verg.Gr. VII/VIII BAT im Einzelplan 04, Kapitel 04 050, Titel 425 10, mit der Maßgabe, daß der Justizminister in etwa einem Jahr über den bis dahin teilweise vollzogenen Abbau von Überstunden berichtet;
- 4 Stellen im Einzelplan 02, Kapitel 02 010, Titel und Vergütungsgruppen entsprechend der Vorlage, mit der Maßgabe, daß der Chef der Staatskanzlei in etwa einem halben Jahr über den bis dahin vollzogenen Abbau der Überstunden berichtet;
- 2 Stellen im Arbeiter der Lohngruppe V/IV MTL II (Pfortnerdienst) beim Einzelplan 08, Kapitel 08 010, Titel 426 10.

Der Bewilligung von 67 zusätzlichen Anwärterstellen für Polizeihauptwachtmeister im Einzelplan 03, Kapitel 03 110, konnten die Kommissionsmitglieder nicht zustimmen, da im Verlaufe der Sitzung nicht geklärt werden konnte, ob durch die Bewilligung dieser 67 Stellen tatsächlich ein Überstundenabbau erreicht würde. Die Entscheidung sollte daher bis zur Vorlage eines Berichtes des Innenministers zurückgestellt werden. Für den Bereich des Einzelplans 06 war die Kommission zwar im Grundsatz mit der Bewilligung von 50 zusätzlichen Stellen für Angestellte der Verg. Gr. I b/II a BAT einverstanden, sah sich jedoch außerstande, die Aufteilung der Stellen auf die einzelnen Hochschulstandorte, wie sie in der Vorlage 10/484 vorgesehen sind, nachzuvollziehen. Die Kommission war der Auffassung, daß hierfür das Benehmen mit dem Fachausschuß hergestellt werden müßte. Bis dahin sollte die Entscheidung zurückgestellt werden.

Sofern es gewünscht wird, bin ich gerne bereit, die o.a. Ergebnisse der Kommissionssitzung mündlich näher zu erläutern.

Mit freundlichen Grüßen

Hr. Reinhold Trinius